

# DIAS-Kommentare

Nr. 6 • September 2003

Lars Mammen

## Herausforderung für den Rechtsstaat – Gerichtsprozess gegen den Terroristen

[www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.  
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität  
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Herausgeber  
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.  
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität  
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

[www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)

© 2010, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

# Herausforderung für den Rechtsstaat - Gerichtsprozesse gegen Terroristen

## Einleitung

Am 11. September 2003 jährten sich zum zweiten Mal die terroristischen Anschläge auf New York und Washington. Mit dem Zusammenbruch der Zwillingstürme des World Trade Centers wurde der Weltöffentlichkeit auf schmerzhaft Weise vor Augen geführt, dass sich die Weltpolitik in einer Phase des Umbruchs und der Neuorientierung befindet. Damit einher geht auch eine Veränderung des Völkerrechts, das vor neue Herausforderungen gestellt wird. Eine dieser Herausforderungen ist der Umgang mit inhaftierten mutmaßlichen Terroristen. Während der militärische Kampf gegen den Terrorismus nicht nur in Afghanistan Fortschritte erzielt hat und bereits eine bedeutende Anzahl von Spitzenfunktionären der Terrororganisation Al-Kaida getötet oder gefangen genommen worden ist, ist der Umgang mit inhaftierten Terroristen weiterhin umstritten. Die Diskussion entzündete sich vor allem an den von den USA auf dem US-Stützpunkt Guantánamo inhaftierten Taliban und Al-Kaida Kämpfern. Zur Frage nach dem rechtlichen Status der inhaftierten Terroristen gibt es bereits umfassende Literatur, so dass dies nicht Gegenstand der vorliegenden Darstellung sein soll. Vielmehr geht es hier um die Frage, vor welchen Gerichten mutmaßliche Terroristen ihrer juristischen Verantwortung zugeführt werden sollen. Zum erfolgreichen Vorgehen gegen den internationalen Terrorismus gehört neben militärischen Maßnahmen, egal ob sie im Rahmen des Selbstverteidigungsrechts gemäß Artikel 51 Satzung der Vereinten Nationen (SVN) oder als vom Sicherheitsrat autorisierte Maßnahmen nach Kapitel VII SVN durchgeführt werden, auch, dass sich die Täter terroristischer Gewalt vor Gerichten verantworten müssen. Dadurch wird einerseits eine abschreckende und somit generalpräventive Wirkung erzielt und andererseits der einzelne Täter, entsprechend dem Vergeltungsgedanken, für seine kriminelle Tat bestraft. Die juristische Auseinandersetzung mit terroristischer Gewalt ist aus diesen Gründen von zentraler Bedeutung für den Kampf gegen den Terrorismus. Die Aufarbeitung kann aber nur erfolgreich sein, wenn die Verfahren nach den rechtsstaatlichen Grundsätzen der Rule of Law geführt werden. Dazu gehören die Bindung an Verfassung und Gesetz, der effektive Rechtsschutz durch unabhängige und unparteiliche Gerichte sowie das Recht auf ein faires Verfahren. Diese Kriterien der Rule of Law sollen als Maßstab für die vorliegende Untersuchung herangezogen werden.

## Verschiedene Optionen für die juristische Aufarbeitung

Für die Beantwortung der Frage, vor welchen Gerichten Prozesse gegen mutmaßliche Terroristen durchgeführt werden können, eröffnen sich verschiedene Optionen. Verfahren können vor Militärtribunalen geführt werden, wie sie von der US-Regierung bereits kurz nach Einrichtung des Internierungslagers auf Guantánamo eingesetzt wurden. Daneben werden Prozesse gegen Terrorismusverdächtige auch vor ordentlichen Gerichten der Staaten geführt, die aufgrund eines Anknüpfungspunktes über Jurisdiktion verfügen. Eine dritte, zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings hypothetische Option stellt die juristische Aufarbeitung terroristischen Unrechts vor internationalen Gerichten oder Sondertribunalen dar. Die US-Administration hält sich eine weitere Möglichkeit offen, welche aber am wenigsten die an einen Rechtsstaat gestellten Anforderungen erfüllt. Unter Berücksichtigung von Äußerungen des US-Verteidigungsministeriums ist es vorstellbar, dass einige der gegenwärtig in Guantánamo Inhaftierten dort auf unbestimmte Zeit und ohne Anklage festgehalten werden. Das entspricht faktisch einer lebenslangen Freiheitsstrafe, ohne dass die tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen in einem gerichtlichen Verfahren überprüft würden. Außerdem bleibt offen, ob die Gefangenen genommenen überhaupt als „Terroristen“ qualifiziert werden können. Die gerichtliche Feststellung, dass es sich bei den Verdächtigen um terroristische Täter handelt, ist aber Voraussetzung für die Pönalisierung ihres Verhaltens. Eine auf unbestimmte Zeit angelegte Inhaftierung ruft weitere erhebliche Bedenken hervor. Unabhängig von der völkerrechtlich umstrittenen Frage, ob den inhaftierten Taliban und Al-Kaida Kämpfern der Status von Kriegsgefangenen zukommt, gebieten es die Grundsätze der Rule of Law, dass Menschenrechte auch gegenüber Terroristen Anwendung finden. Selbst der „Terrorist“ bleibt ein menschliches Wesen, dessen Menschenwürde trotz all seiner Taten im Kern zu respektieren ist. Einige dieser Rechte sind im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte enthalten, dessen Vertragsstaat auch die USA ist. So darf nach Artikel 9 niemand ohne richterliche Anhörung auf unbestimmte Dauer in Haft gehalten werden darf. Der Artikel 14 des Paktes garantiert dem Angeklagten bestimmte prozessuale Mindestgarantien. Die Inhaftierung auf unbestimmte Zeit erfüllt die rechtsstaatlichen Anforderungen nicht, so dass sie hier nicht in die Überlegungen zur Aufarbeitung terroristischer Gewalt einbezogen werden soll. Es wird deutlich, dass die Frage nach der gerichtlichen Aufarbeitung für demokratische Staaten eine besondere Herausforderung darstellt, da dadurch das Spannungsverhältnis zwischen Recht und Sicherheit berührt wird. Der Grundsatz, dass rechtsstaatliche Prinzipien nicht unabgewogen zu Gunsten von Sicherheitsinteressen geopfert werden dürfen, muss auch für den Umgang mit mutmaßlichen Terroristen gelten. Aus diesem Grund kann den Überlegungen der US-Administration, die Inhaftierten dauerhaft in den Lagern zu internieren, nicht gefolgt werden.

## Verfahren vor militärischen Sondertribunalen

Am 13. November 2001 erließ US-Präsident George W. Bush eine Verordnung, welche das Verteidigungsministerium zur Einrichtung militärischer Sondertribunale, vor denen mutmaßliche Terroristen angeklagt werden können, ermächtigt. Ausgenommen davon wurden US-amerikanische Staatsangehörige, so dass sich die Möglichkeit des Verfahrens vor Militärtribunalen nur auf ausländische Al-Kaida oder Taliban Kämpfer bezieht. Deshalb wurde der sog. amerikanische Taliban John W. Lindh einem US-amerikanischen zivilen Gericht überstellt. Militärtribunale haben auch in den Vereinigten Staaten eine historisch begründete Tradition und wurden immer dann eingesetzt, wenn sich das Land im Kriegszustand befand. So wurden beispielsweise während oder nach dem Civil War und auch im Zweiten Weltkrieg Militärtribunale zur Aufarbeitung von Verstößen gegen das Kriegsrecht oder wegen Spionagetätigkeit eingerichtet.

Die dem Verteidigungsministerium unterstellten Militärtribunale gegen Terroristen sind berechtigt, mit einer 2/3-Mehrheit ihrer Mitglieder Strafen zu verhängen. Sie können auch eine lebenslange Freiheitsstrafe und sogar die Todesstrafe aussprechen. Die Beweisregeln für Prozesse vor Militärtribunalen sind gegenüber Verfahren vor zivilen Gerichten gelockert. Auch eine Berufungsmöglichkeit gegen Urteil und Strafmaß steht den Verurteilten nicht zu. Allein der Präsident oder der Verteidigungsminister sind berechtigt, die Strafe zu überprüfen. Die Befürworter sehen die Vorteile von Militärtribunalen darin, dass die Angehörigen der ordentlichen Gerichtsbarkeit, insbesondere Richter und Geschworene, keinem zusätzlichen Sicherheitsrisiko ausgesetzt sind. Teilweise wird der ordentlichen Gerichtsbarkeit auch unterstellt, die komplexen Terrorismusprozesse inhaltlich und zeitlich nicht hinreichend bewältigen zu können. Der eigentliche Beweggrund für die Einrichtung von Sondertribunalen dürfte aber darin liegen, dass durch die herabgesetzten Beweisanforderungen nationale Sicherheitsinteressen gewahrt bleiben. Insbesondere Geheimdienstinformationen werden durch geringere Anforderungen an prozessuale Beweis- und Öffentlichkeitsmaximen geschützt. Diese Argumente können aber nicht über die schwerwiegenden rechtsstaatlichen Bedenken gegen Militärtribunale hinwegtäuschen. Sie stellen einen Verstoß gegen den mit dem Prinzip der Gewaltenteilung verbundenen Grundsatz der Unabhängigkeit der Justiz dar. Die Mitglieder der Tribunale sind nicht unabhängig und unparteiisch, sondern der US-Regierung unterstellt und nur ihr gegenüber zur Rechenschaft verpflichtet. Eine Verletzung dieses Prinzips der Rule of Law ist nur gerechtfertigt, wenn sich ein Staat im Kriegs- und damit im Ausnahmezustand befindet und die Errichtung von Sondertribunalen dazu dient, ein rechtliches Vakuum zu füllen. Aber auch wenn der Kampf gegen den Terrorismus von der US-Regierung als „war on terror“ bezeichnet wird, ist fraglich, ob sich das Land tatsächlich in einem Kriegszustand mit Al-Kaida befindet. Das militärische Vorgehen gegen Al-Kaida Kämpfer erfüllt nicht die Voraussetzungen des klassischen zwischenstaatlichen Krieges, sondern stellt vielmehr ein Vorgehen gegen kriminelle Einheiten dar.

Des Weiteren entsprechen Prozesse vor Militärtribunalen nicht den Anforderungen an ein faires Verfahren, da sie unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Die fehlende Berufungsmöglichkeit erlaubt keine Kontrolle des Urteils und des Strafmaßes. Die Einrichtung von Sondertribunalen für Terroristen kann darüber hinaus dazu führen, dass die USA eine Vorgehensweise legitimieren, auf die sich andere Staaten zukünftig berufen werden. Es ist vorstellbar, dass ausländische Staaten gegenüber gefangen genommenen, nichtuniformierten - und damit nicht unter den Schutz des 1. Zusatzprotokolls der Genfer Konventionen fallenden - amerikanischen Militärangehörigen ähnliche Verfahren anwenden. Die Einrichtung von Militärtribunalen wäre damit langfristig sogar schädlich für den weltweiten Einsatz von US-Streitkräften und auch nicht im Interesse eines erfolgreichen Kampfes gegen den Terrorismus. Verfahren vor Militärtribunalen zur juristischen Aufarbeitung von terroristischen Gewalttaten sind damit abzulehnen.

## Verfahren vor internationalen Gerichten

Die oben vorgebrachten Bedenken würden bei Prozessen vor internationalen Gerichten nicht bestehen. Die vor internationalen Tribunalen geführten Prozesse um Kriegsverbrechen in Ruanda und dem ehemaligen Jugoslawien haben gezeigt, dass Verfahren vor internationalen Gerichten entsprechend den Grundsätzen der Rule of Law geführt werden. Ein mit Richtern aus verschiedenen Nationen besetztes Tribunal steht nicht in dem Verdacht, Partikularinteressen durchzusetzen. Vielmehr wird damit auch anerkannt, dass der Terrorismus als ein transnationales Phänomen weltweite Auswirkungen hat, die durch ein internationales Gericht am besten bekämpft werden können. So wünschenswert ein internationales Gericht aus diesen Gründen ist, so schwierig stellt sich seine Umsetzung zum gegenwärtigen Zeitpunkt dar. Zwei verschiedene Möglichkeiten sind dafür vorstellbar. Zum einen könnte durch eine entsprechende Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ein ad hoc-Tribunal für den Internationalen Terrorismus nach dem Vorbild der Sondergerichte für Kriegsverbrechen in Ruanda und dem ehemaligen Jugoslawien eingerichtet werden. Problematisch ist allerdings, dass es bei einem Terrorismustribunal keine territoriale Begrenzung gibt und nicht von einem zu untersuchenden, abgeschlossenen Geschehen ausgegangen werden kann. Die zweite Möglichkeit ist, dass der Tatbestand des Internationalen Terrorismus als ein vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu untersuchendes Verbrechen anerkannt wird. Diese Option scheitert aber an den politischen Realitäten, da sich die Staatengemeinschaft schon seit Jahren nicht auf eine einheitliche Definition des Begriffs Terrorismus einigen kann. Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass die Vereinigten Staaten die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs grundsätzlich ablehnen. Ohne sie ist aber auch eine Aufarbeitung von Terrorakten nicht vorstellbar. Unabhängig davon, auf welcher rechtlichen Grundlage ein internationales Gericht arbeitet, ergibt sich noch ein weiteres praktisches Problem. Um den Anspruch als internationales Gericht zu haben, muss der Spruchkörper auch entsprechend besetzt sein. Es dürfen nicht nur Richter aus der westlichen (christlich geprägten) Welt mitwirken, sondern sie müssen auch aus islamischen Staaten kommen. Das kann in den Ländern, die Richter entsenden, zu erheblichen innenpolitischen Spannungen führen. Weiterhin ist es möglich, dass arabische Staaten versuchen, den Nahost-Konflikt und die Rolle Israels vor das Gericht zu bringen und dessen Arbeit dadurch zu blockieren. Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass eine Aufarbeitung vor internationalen Gerichten zwar wünschenswert ist, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine hypothetische Option bleibt.

## Terrorismusprozesse vor nationalen zivilen Gerichten

Damit bleibt die Möglichkeit, dass Terroristenprozesse vor nationalen ordentlichen Gerichten und am Maßstab des jeweiligen (Straf-)Rechts durchgeführt werden. Seit dem 15. August 2003 findet ein solcher Prozess gegen einen mutmaßlichen Helfer der Attentäter vom 11. September 2001 vor dem Hamburger Oberlandesgericht statt. Es ist bereits der zweite Prozess dieser Art. Im Februar 2003 hat das selbe Hamburger Gericht nach einem viermonatigen Prozess den zur Hamburger Terrorzelle gehörenden Marokkaner Motassadeq wegen Beihilfe zum Mord in über 3.000 Fällen zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Der Hamburger Prozess war der weltweit erste Prozess zu den Terroranschlägen des 11. September. Aber nicht nur in Deutschland kommt es zur juristischen Aufarbeitung terroristischer Gewalt. In Indonesien wurde in einem Verfahren gegen den Hauptverdächtigen der Bombenanschläge von Bali, des schwersten Terroranschlages nach dem 11. September, das Todesurteil verhängt, nachdem der Angeklagte für schuldig befunden wurde. In Indonesien wird es wahrscheinlich auch zum Prozess gegen den mutmaßlichen Operationschef Al-Kaidas für Südostasien Hambali kommen, der am 15. August 2003 von US-Geheimdienstmitarbeitern in Thailand festgenommen wurde. Die Beispiele zeigen, dass eine juristische Aufarbeitung terroristischer Gewalt durch nationale Gerichte möglich ist.

Allein in den Vereinigten Staaten verhält man sich gegenüber dieser Option zurückhaltend. Bisher wurden lediglich der sog. amerikanische Taliban Lindh und der französische Staatsangehörige Moussawi, der als mutmaßlicher Unterstützer der Attentätergruppe vom 11. September gilt, vor ein amerikanisches ziviles Gericht gestellt. Woher kommt das tiefe Misstrauen der US-amerikanischen Administration gegenüber der ordentlichen Gerichtsbarkeit? Die US-Regierung fürchtet primär, dass aufgrund der Beweisanforderungen bei Prozessen vor zivilen Gerichten Geheimdienstinformationen offen gelegt werden müssen, die den Kampf gegen den Terrorismus behindern oder weitere nationale Sicherheitsinteressen gefährden. Dieser Argumentation kann aber nicht gefolgt werden, da der „Classified Information Procedures Act“ der US-Regierung die Möglichkeit eröffnet, geheime Dokumente zurückzuhalten. Den Interessen der Regierung steht außerdem das Recht des Beschuldigten gegenüber, Zugang zu den ihn belastenden Beweisen zu haben. Damit ist ein Grundsatz des fairen Verfahrens betroffen, der auch gegenüber staatlichen Sicherheitsinteressen Berücksichtigung finden muss. Die US-Regierung führt ferner Zweifel an der Fähigkeit der zivilen Gerichte an, mit Terroristenprozessen umzugehen. Es wird insbesondere die lange Vorbereitungszeit und Prozessdauer kritisiert. Dem ist entgegen zu halten, dass bei derartigen komplexen Verfahren eine gewissenhafte Vorbereitung und Durchführung der Prozesse aus rechtsstaatlichen Gründen geradezu erforderlich ist. Ein Prozess vor ordentlichen Gerichten bewirkt darüber hinaus eine große Akzeptanz der Urteile, da die Gerichte aufgrund ihrer Unabhängigkeit und Unparteilichkeit ein hohes Ansehen genießen. Außerdem fällt zivilen Gerichten die Kooperation mit ausländischen Behörden leichter als Militärtribunalen. Aus diesen Gründen können Verfahren gegen mutmaßliche Terroristen vor zivilen Gerichten garantieren, dass die Anforderungen der Rule of Law erfüllt werden.

### *Schlussbetrachtung und Stellungnahme*

Die dargestellten Optionen der juristischen Aufarbeitung terroristischen Unrechts lösen das Spannungsverhältnis zwischen Recht und Sicherheit unterschiedlich auf. Sowohl die Inhaftierung auf unbestimmte Dauer in Internierungslagern als auch die Einsetzung von Militärtribunalen ist aus rechtsstaatlichen Gründen abzulehnen. Ein faires Verfahren kann den mutmaßlichen Terroristen nicht garantiert werden. Wünschenswert wäre die Durchführung von Prozessen vor internationalen Gerichten. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt führt das aber zu erheblichen Schwierigkeiten in der praktischen Umsetzung. Daher muss die Durchführung von Verfahren vor nationalen zivilen Gerichten als die zur Zeit bevorzugte Option betrachtet werden. Beispiele aus Deutschland und anderen Ländern haben gezeigt, dass die ordentliche Gerichtsbarkeit die Legitimität und Autorität besitzt, rechtsstaatliche Verfahren gegen mutmaßliche Terroristen durchzuführen. Für die zukünftige Entwicklung wäre aber ein Modell vorteilhaft, das auf einem Nebeneinander von nationalstaatlicher und internationaler Gerichtsbarkeit basiert und so die Vorteile der dargestellten Möglichkeiten vereint. Demnach könnten Nationalstaaten ihre Jurisdiktion über mutmaßliche Terroristen ausüben, wenn es um terroristische Gewalt geht, die entweder auf ihrem Hoheitsgebiet oder gegen eigene Staatsangehörige ausgeübt wurde. Ist das nicht der Fall, sollten die Verdächtigen an ihre Herkunftsländer überstellt werden. Im Fall von failed states, wie z.B. Afghanistan, könnte dann ein durch die Vereinten Nationen eingesetztes ad hoc-Tribunal die juristische Aufarbeitung vornehmen. Dieses Modell könnte auch auf die sich gegenwärtig entzündende Diskussion um den Umgang mit irakischen Kriegsgefangenen, die der ehemaligen Führungsriege des Regimes angehören, angewandt werden. Die damit aufgeworfenen Fragen berühren freilich einen anderen Themenkreis als den hier behandelten, zeigen aber auch, wie wichtig es ist, einen gerechten Abschluss der Vergangenheit durch juristische Aufarbeitung zu erreichen.

**DIAS-Kommentare**

- 1 Alexander Alvaro  
Der globalisierte Terror 29. April 2003
- 2 Michaela Hertkorn  
Why do German-US Relations matter to the Transatlantic Relationship 17. Juni 2003
- 3 Henricke Paepcke  
Die Rolle der UNO im Nachkriegs-Irak 17. Juni 2003
- 4 Panagiota Bogris  
Von Demokratie und Bildung im Irak nach Saddam Hussein 18. Juli 2003
- 5 Ulf Gartzke  
Wirtschaft und Gesellschaft: Eine Partnerschaft ohne Alternative 19. Juli 2003
- 6 Lars Mammen  
Herausforderung für den Rechtsstaat – Gerichtsprozesse gegen den Terroristen 11. September 2003
- 7 Ulf Gartzke  
Von der Wirtschaft lernen heißt voran zu kommen 21. September 2003
- 8 Daniel J. Klocke  
Das Deutsche Völkerstrafgesetzbuch – Chance oder Farce 21. September 2003
- 9 Elizabeth G. Book  
US Guidelines a Barrier to German-American Armaments Cooperation 10. Oktober 2003
- 10 Dr. Bastian Giegerich  
Mugged by Reality? German Defense in Light of the 2003 Policy Guidelines 12. Oktober 2003
- 11 Barthélémy Courtment  
Understanding the deep origins of the transatlantic rift 22. Oktober 2003
- 12 Rolf Schwarz  
Old Wine, New Bottle: The Arab Middle East after September 11th 09. November 2003
- 13 Ulf Gartzke  
Irrelevant or Indispensable? – The United Nations after the Iraq War 15. November 2003
- 14 Daniel J. Klocke  
Das Ende der Straflosigkeit von Völkerrechtsverbrechern? 15. November 2003
- 15 Panagiota Bogris  
Erziehung im Irak – Ein Gewinn von Bedeutung 21. November 2003
- 16 Jessica Duda  
Why the US counter – terrorism and reconstruction policy change? 21. November 2003
- 17 Elizabeth G. Book  
Creating a Transatlantic Army: Does the NATO Response Force subvert the European Union? 29. November 2003
- 18 Holger Teske  
Der blinde Rechtsstaat und das dreischneidige Schwert der Terrorismusbekämpfung 29. November 2003
- 19 Niels-Jakob Küttner  
Spanische Momentaufnahme: 25 Jahre Verfassung 11. Dezember 2003

20	Unbekannt Der große europäische Teppich	11. Dezember 2003
21	Unbekannt Die Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und ihre Auswirkungen auf das System Internationaler Friedenssicherung	14. Januar 2004
22	Dimitrios Argirakos Marx reloaded – einige Gedanken zum 155. jährigen Jubiläum des kommunistischen Manifestes	08. März 2004
23	Ulf Gartzke Regime Change à la El Kaida	20. März 2004
24	R. Alexander Lorz Zur Ablehnung des Annan-Plans durch die griechischen Zyperer	27. April 2004
25	Alexander Siedschlag Europäische Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP: Möglichkeiten und Grenzen der Harmonisierung	02. Mai 2004
26	Niels-Jakob Küttner Mission stabiler Euro: Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist dringend notwendig	17. Juni 2004
27	Karim Zourgui Die innere Selbstbestimmung der Völker im Spannungsverhältnis von Souveränität und Entwicklung	02. Juli 2004
28	Dimitrios Argirakos Rückkehr zum Nationalismus und Abschied von der Globalisierung	02. Juli 2004
29	Alexander Alvaro Man zäumt ein Pferd nicht von hinten auf – Biometrische Daten in Ausweisdokumenten	14. Januar 2005
30	R. Alexander Lorz Zurück zu den "Vereinigten Staaten" von Europa	14. Januar 2005
31	Harpriye A. Juneja The Emergence of Russia as Potential Energy Superpower and Implications for U. S. Energy Security in the 21st Century	22. Januar 2005
32	Joshua Stern NATO Collective Security or Defense: The Future of NATO in Light of Expansion and 9/11	22. Januar 2005
33	Caroline Oke The New Transatlantic Agenda: Does it have a future in the 21st Century?	22. Januar 2005
34	Dustin Dehez Globalisierte Geopolitik und ihre regionale Dimension. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft	01. Februar 2005
35	Marwan Abou-Taam Psychologie des Terrors - Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft	01. Februar 2005
36	Dimitrios Argirakos Die Entente der Halbstarke, die neue Weltordnung und Deutschlands Rolle in Europa	10. Februar 2005

- 37 Jessica Heun 17. Februar 2005  
Die geplante Reform der Vereinten Nationen umfasst weit mehr als die  
Diskussion um einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat wiedergibt...
- 38 Dustin Dehez 01. März 2005  
Umfassender Schutz für Truppe und Heimat?
- 39 Dimitrios Argirakos 02. Mai 2005  
Über das Wesen der Außenpolitik
- 40 Babak Khalatbari 02. Mai 2005  
Die vergessene Agenda- Umweltverschmutzung in Nah- und Mittelost
- 41 Panagiota Bogris 09. Mai 2005  
Die Überwindung von Grenzen – Toleranz kann man nicht verordnen
- 42 Jessica Heun 17. Mai 2005  
Quo vadis Roma?
- 43 Patricia Stelzer 27. Mai 2005  
Politische Verrenkungen - Schröders Wunsch nach Neuwahlen trifft auf  
Weimarer Spuren im Grundgesetz
- 44 Daniel-Philippe Lüdemann 02. Juni 2005  
Von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Non-governmental  
Organisations
- 45 Dr. Michaela Hertkorn 03. Juni 2005  
France saying 'Non' to the EU Constitution and Federal Elections in Germany:  
The likely Impact on Intra – European Dynamics and Transatlantic Relations
- 46 Babak Khalatbari 04. Juni 2005  
Freihandel versus Demokratisierung: Die euromediterrane Partnerschaft wird 10  
Jahre alt
- 47 Edward Roby 13. Juni 2005  
A hollow economy
- 48 Patricia Stelzer 02. Juli 2005  
Operation Murambatsvina - Mugabes „Abfallbeseitigung“ in Simbabwe  
steuert auf eine humanitäre Katastrophe hinzu
- 49 Lars Mammen 08. Juli 2005  
Terroranschläge in London – Herausforderungen für die Anti-Terrorismus-  
politik der internationalen Gemeinschaft und Europäischen Union
- 50 Daniel Pahl 19. Juli 2005  
Die internationale Ratlosigkeit im Fall Iran
- 51 Michaela Hertkorn 22. Juli 2005  
An Outlook on Transatlantic Relations – after the 'no-votes' on the EU  
constitution and the terror attacks in London
- 52 Dustin Dehez 24. Juli 2005  
Der Iran nach der Präsidentschaftswahl – Zuspitzung im Atomstreit?
- 53 Edward Roby 29. Juli 2005  
Who 'll stop the winds?
- 54 Patricia Stelzer 01. August 2005  
Lost in global indifference

- |    |  |                    |
|----|--|--------------------|
| 55 | Dustin Dehéz<br>Der Friedensprozess im Südsudan nach dem Tod John Garangs  | 04. August 2005    |
| 56 | Dr. Dimitrios Argirakos<br>Die diplomatische Lösung im Fall Iran   | 12. August 2005    |
| 57 | Jessica Heun<br>Entsteht mitten in Europa eine neue Mauer?   | 23. August 2005    |
| 58 | Wilko Wiesner<br>Terror zwischen Okzident und Orient – neue Kriege ohne Grenzen?   | 31. August 2005    |
| 59 | Edward Roby<br>Where do Jobs come from?  | 04. September 2005 |
| 60 | Lars Mammen<br>Remembering the 4 <sup>th</sup> Anniversary of 9-11   | 11. September 2005 |
| 61 | Ulf Gartzke<br>The Case for Regime Change in Berlin And Why It Should Matter to the U.S  | 16. September 2005 |
| 62 | Sascha Arnautovic<br>Auge um Auge, Zahn um Zahn: Im Irak dreht ich die Spirale der Gewalt unaufhörlich weiter                      | 27. September 2005 |
| 63 | Dustin Dehéz<br>Ballots, Bombs and Bullets – Tehran's stirrings in Southern Iraq   | 25. Oktober 2005   |
| 64 | Michaela Hertkorn<br>Security Challenges for Transatlantic Alliance: an Initial Assessment after German Elections                  | 07. November 2005  |
| 65 | R. Alexander Lorz<br>The Eternal Life of Eternal Peace   | 07. November 2005  |
| 66 | R. Alexander Lorz<br>International Constraints on Constitution - Making  | 08. November 2005  |
| 67 | Unbekannt<br>The NATO Response Force – A 2006 Deliverable?   | 15. November 2005  |
| 68 | Jessica Heun<br>10 Jahre nach Dayton – Selbstblockade statt Entwicklung  | 15. November 2005  |
| 69 | Hendrik Schulten<br>Wie ist die Feindlage? Umwälzungen im Bereich des Militärischen Nachrichtenswesens der Bundeswehr              | 02. Dezember 2005  |
| 70 | Edward Roby<br>Transatlantic financial market: integration or confrontation?   | 12. Dezember 2005  |
| 71 | Dustin Dehéz<br>Terrorism and Piracy – the Threat Underestimated at the Horn of Africa   | 25. Dezember 2005  |
| 72 | Franz Halas/Cornelia Frank<br>Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln? Die Polizeimission EUPOL-PROXIMA auf dem Prüfstand | 16. Januar 2006    |
| 73 | Mark Glasow<br>Neue strategische Überlegungen zur Rolle des Terrorismus` auf der internationalen Bühne                             | 07. Februar 2006   |

- |    |   |                  |
|----|---|------------------|
| 74 | Ulf Gartzke<br>What Canada's Prime Minister can learn from the German Chancellor  | 09. Februar 2006 |
| 75 | Edward Roby<br>Control of oil is dollar strategy  | 13. Februar 2006 |
| 76 | Dr. Lars Mammen<br>Erster Prozess zum 11. September 2001 in den USA – Beginn der richterlichen Aufarbeitung?  | 10. März 2006    |
| 77 | Edward Roby<br>New asset class for cosmopolitan high rollers  | 18. März 2006    |
| 78 | Daniel Pahl<br>Thoughts about the military balance the PRC and the USA  | 18. März 2006    |
| 79 | Dustin Dehéz<br>Deutsche Soldaten ins Herz der Finsternis? Zur Debatte um die Entsendung deutscher Truppen in die Demokratische Republik Kongo        | 18. März 2006    |
| 80 | Lars Mammen<br>Zum aktuellen Stand der Debatte in der Generalversammlung um eine Umfassende Konvention gegen den internationalen Terrorismus          | 26. März 2006    |
| 81 | Edward Roby<br>Clocking the speed of capital flight   | 17. April 2006   |
| 82 | Ulf Gartzke<br>Turkey's Dark Past and Uncertain Future  | 17. April 2006   |
| 83 | Lars Mammen<br>Urteil im Prozess um die Anschläge vom 11. September 2001 – Lebenslange Freiheitsstrafe für Moussaoui                                  | 04. Mai 2006     |
| 84 | Jessica Heun<br>See no evil, hear no evil, speak no evil... sometimes do evil   | 23. Mai 2006     |
| 85 | Tiffany Wheeler<br>Challenges for a Transatlantic Cohesion: An Assessment   | 23. Mai 2006     |
| 86 | Dustin Dehéz<br>Obstacles on the way to international recognition for Somaliland  | 29. Mai 2006     |
| 87 | Dustin Dehéz<br>Islamismus und Terrorismus in Afrika – Gefahr für die transatlantischen Interessen?   | 01. Juni 2006    |
| 88 | Samuel D. Hernandez<br>Latin America's Crucial Role as Transatlantic Player   | 21. Juni 2006    |
| 89 | Sarabeth K. Trujillo<br>The Franco – American Alliance: The Steel Tariffs, Why the Iraq War Is Not A Deal – Breaker, & Why the Alliance Still Matters | 21. Juni 2006    |
| 90 | Matthew Omolesky<br>Polish – American Security Cooperation: Idealism, Geopolitics and Quid Pro Quo  | 26. Juni 2006    |
| 91 | Eckhart von Wildenradt<br>A delicate Relationship: Explaining the Origin of Contemporary German and French Relations under U.S. Hegemony 1945 - 1954  | 26. Juni 2006    |

- |     |   |                    |
|-----|---|--------------------|
| 92  | Gesine Wolf-Zimper<br>Zuckerbrot und Peitsche - zielgerichtete Sanktionen als effektives Mittel der Terrorbekämpfung?                         | 01. Juli 2006      |
| 93  | Edward Roby<br>The geopolitics of gasoline  | 10. Juli 2006      |
| 94  | Michaela Hertkorn<br>Gedanken zu einer Friedenstruppe im Südlibanon   | 01. August 2006    |
| 95  | Edward Roby<br>Germany's 2% boom  | 11. September 2006 |
| 96  | Lars Mammen<br>Die Bekämpfung des Internationalen Terrorismus fünf Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001                           | 12. September 2006 |
| 97  | Dustin Dehéz<br>Running out of Options – Reassessing Western Strategic Opportunities in Somalia   | 28. September 2006 |
| 98  | Edward Roby<br>Asian energy quest roils worldwide petroleum market  | 02. Oktober 2006   |
| 99  | Christopher Radler<br>Ägypten nach den Parlamentswahlen   | 11. Oktober 2006   |
| 100 | Michaela Hertkorn<br>Out-of-Area Nation – Building Stabilization: Germany as a Player within the NATO- EU Framework                           | 16. November 2006  |
| 101 | Raphael L'Hoest<br>Thailändische Energiepolitik – Erneuerbare Energien: Enormes Potenzial für Deutsche Umwelttechnologie                      | 10. Januar 2007    |
| 102 | Klaus Bender<br>The Mystery of the Supernotes   | 11. Januar 2007    |
| 103 | Dustin Dehéz<br>Jahrhundert der Ölkriege?   | 11. Januar 2007    |
| 104 | Edward Roby<br>A Nutcracker for Europe's energy fantasies   | 14. Januar 2007    |
| 105 | C. Eduardo Vargas Toro<br>Turkey' s Prospects of Accession to the European Union  | 25. Januar 2007    |
| 106 | Unbekannt<br>Davos revives Doha: Liberalized world trade trumps bilateral talk  | 30. Januar 2007    |
| 107 | Edward Roby<br>Healthy market correction or prelude to a perfect storm?   | 19. März 2007      |
| 108 | Edward Roby<br>Upswing from nowhere   | 25. Mai 2007       |
| 109 | Daniel Pahl<br>Restraint in interstate – violence   | 29. Juni 2007      |
| 110 | Michaela Hertkorn<br>Deutsche Europapolitik im Zeichen des Wandels: Die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft aus der Transatlantischen Perspektive | 02. Juli 2007      |

- |     |  |                   |
|-----|--|-------------------|
| 111 | Tatsiana Lintouskaya<br>Die politische Ausgangslage in der Ukraine vor der Wahl  | 10. August 2007   |
| 112 | Edward Roby<br>Western credit crunch tests irreversibility of globalization  | 10. August 2007   |
| 113 | Holger Teske<br>Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Der Niedergang der fünften Republik?                                   | 31. August 2007   |
| 114 | Edward Roby<br>Euro shares reserve burden of wilting dollar  | 22. Oktober 2007  |
| 115 | Peter Lundin<br>The Current Status of the Transatlantic Relationship – 4 Points of Consideration                             | 07. November 2007 |
| 116 | Michaela Hertkorn<br>Challenge of Successful Post – War Stabilization: More Questions than Answers for the NATO-EU Framework | 01. Dezember 2007 |
| 117 | Dimitrios Argirakos<br>Merkels Außenpolitik ist gefährlich   | 07. Dezember 2007 |
| 118 | Edward Roby<br>Crisis tests paradigm of global capital – a European perspective  | 07. Dezember 2007 |
| 119 | Dr. Christian Wipperfürth<br>Afghanistan – Ansatzpunkt für eine Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen                      | 05. Januar 2008   |
| 120 | Dustin Dehéz<br>Somalia – Krieg an der zweiten Front?  | 06. Februar 2008  |
| 121 | Edward Roby<br>Can Europe help repair the broken bubble?   | 10. Februar 2008  |
| 122 | Dr. Christian Wipperfürth<br>Bevölkerungsentwicklung in langer Schicht: Mittel und langfristige Konsequenzen                 | 18. März 2008     |
| 123 | Philipp Schweers<br>Jemen vor dem Kollaps?   | 18. März 2008     |
| 124 | Philipp Schweers<br>Pakistan – Eine „neue Ära wahrer Politik“ nach der Wahl?   | 01. April 2008    |
| 125 | Christian Rieck<br>Zur Zukunft des Völkerrechts nach dem 11. September – Implikationen der Irakintervention                  | 02. April 2008    |
| 126 | Christian Rieck<br>Iran and Venezuela: A nuclear "Rogue Axis" ?  | 02. April 2008    |
| 127 | Philipp Schweers<br>Towards a " New Middle East" ?   | 09. April 2008    |
| 128 | Christian Rieck<br>Ein Versuch über die Freiheit - Nur die Freiheit von heute ist die Sicherheit von morgen                  | 02. Mai 2008      |
| 129 | Christopher Radler<br>Islamischer Fundamentalismus und Geopolitik – vom europäischen Kolonialismus bis zum Globalen Dschihad | 06. Mai 2008      |

- |     |   |                    |
|-----|---|--------------------|
| 130 | Ulrich Petersohn<br>Möglichkeiten zur Regulierung von Privaten Sicherheitsunternehmen (PSF)             | 09. Mai 2008       |
| 131 | Edward Roby<br>Food joins energy in speculative global price spiral                                     | 09. Mai 2008       |
| 132 | Edward Roby<br>Central Banks declare war on resurgent inflation   | 12. Juni 2008      |
| 133 | Daniel Werdung<br>Airbus vs. Boeing: Neue Tankerflugzeuge für die US - Luftwaffe                        | 12. Juni 2008      |
| 134 | Christian Rieck<br>Bemerkung zum europäischen Traum   | 13. Juni 2008      |
| 135 | Philipp Schweers<br>Zukunftsbranche Piraterie?  | 13. Juni 2008      |
| 136 | Philipp Schweers<br>Yemen: Renewed Houthi - Conflict  | 19. Juni 2008      |
| 137 | Philipp Schweers<br>Iran: Zwischen Dialogbereitschaft, äußeren Konflikten und persischem Nationalismus  | 20. Juni 2008      |
| 138 | Dustin Dehéz<br>Der Ras Doumeira–Konflikt – ist ein Krieg zwischen Eritrea und Djibouti unausweichlich? | 09. Juli 2008      |
| 139 | Philipp Schweers<br>A new security paradigm for the Persian Gulf  | 09. Juli 2008      |
| 140 | Edward Roby<br>Mission Impossible: Quell "stagflation" with monetary policy                             | 27. August 2008    |
| 141 | Edward Roby<br>Wallstreet on welfare, dollar on Skid Row  | 25. September 2008 |
| 142 | Burkhard Theile<br>Bankenkrise und Wissensgesellschaft  | 21. November 2008  |
| 143 | Christopher Radler<br>Die Anschläge von Mumbai als Machwerk al- Qa'idás?                                | 30. Dezember 2008  |
| 144 | Edward Roby<br>Credit crisis starts to level global trade imbalances                                    | 14. Januar 2009    |
| 145 | Daniel Pahl<br>Barack H. Obama – Der amerikanische Präsident  | 20. Januar 2009    |
| 146 | Christopher Radler<br>Der Einfluss des Internets auf islamistische Gewaltdiskurse                       | 29. Januar 2009    |
| 147 | Christian Rieck<br>The Legacy of the Nation – State in East Asia  | 29. März 2009      |
| 148 | Edward Roby<br>A recovery on credit   | 04. September 2009 |
| 149 | Christopher Radler<br>Anmerkungen zur Medienoffensive Al Qa'idás  | 28. Oktober 2009   |

- |     |  |                   |
|-----|--|-------------------|
| 150 | Rana Deep Islam<br>Zehn Jahre nach Helsinki – Die türkisch-europäischen Beziehungen in der Sackgasse | 13. Dezember 2009 |
| 151 | Edward Roby<br>Devil gas takes blame for death and taxes   | 16. Dezember 2009 |
| 152 | Vinzenz Himmighofen<br>Ägyptens Grenzpolitik – Ein Balanceakt  | 15. Januar 2010   |

*DIAS ANALYSEN* stehen unter <http://www.dias-online.org/31.0.html> zum Download zur Verfügung.

**Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik**

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2009, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik,  
Universitätsstraße 1 Geb. 24.91, D-40225 Düsseldorf, [www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)